

deadly weapon or in a gang. There is a third situation as well, namely if the unlawful attack is committed by way of illegal and armed intrusion into fenced area of a home. This new law institute is criticized by the criminal law literature, because it totally excludes the possibility of consideration the concrete circumstances of the case [2, p. 29-30].

The violation of proportionality means a material excess, as a result of which the criminal liability cannot be excluded and the defence is punishable. However, according to Article 22, paragraph 3 CC, this kind of excess establishes impunity if it resulted from fright or pardonable excitement:

The person shall not be punishable either, who exceeds the necessary measure of defence due to fright or pardonable excitement.

The impunity in this case is based on the objective circumstance of whether the attack was able to evoke fright or excitement [1, p. 79].

Literature

1. Karsai, K. – Szomora, Zs. Criminal Law in Hungary. Second Edition. / Kluwer Law International, Alphen aan den Rijn – 2015.

2. Tóth, M.: Néhány szempont a jogos védelem körében zajló vitához. (Some point of view to the debate of justifiable defence.) Büntetőjogi Szemle – 2012. – No. 1. – P.24-30.

3. Nagy, F.: Anyagi büntetőjog. Általános rész I. (Substantive Criminal Law. General Part I.) Iurisperitus, Szeged – 2014.

4. See Directive Decision 15 of the Supreme Court of Hungary.

UDC 343

Dr. Pavel Golovnenkov,
Wissenschaftlicher Assistent
am Lehrstuhl für Strafrecht, insbesondere Wirtschaftsstrafrecht
an der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam,
Rechtsanwalt in Berlin, Deutschland

DIE STRAFTATBESTUNDE GEGEN UNERLAUBTEN UMGANG MIT ABFALL UND GEFUHRlichen STOFFEN SOWIE UNERLAUBTES BETREIBEN VON ANLAGEN

I. Einführung

Der Umgang mit Abfall und gefährlichen Stoffen sowie der Betrieb von Anlagen bergen zahlreiche Gefahren für die Umwelt und die Menschen. Das deutsche Strafrecht enthält zahlreiche Tatbestände zur Bekämpfung unerlaubter Handlungen in diesem Bereich. Da insbesondere die Abfallentsorgung grenzüberschreitend erfolgt („Mülltourismus“) und deshalb auch den gemeinsamen Markt betrifft, hat das europäische Recht durch Verordnungen verwaltungsrechtliche Regelungen mit unmittelbarer Geltung in den

Mitgliedstaaten geschaffen. Die Umsetzung dieser Vorschriften in das deutsche Strafrecht bereitet jedoch nicht unerhebliche Schwierigkeiten.

II. Unerlaubter Umgang mit Abfällen und anderen gefährlichen Stoffen und Gütern

Das deutsche Kernstrafrecht vereinigt in §§ 326, 328 StGB zahlreiche Straftatbestände, die den unerlaubten Umgang mit gefährlichen Abfällen, radioaktiven Stoffen und anderen gefährlichen Stoffen und Gütern unter Strafe stellen.

§ 326 StGB sanktioniert die vorsätzlich verwaltungsrechtswidrige Behandlung und Beseitigung gefährlicher Abfälle (Abs. 1), das Mülltourismus (Abs. 2) und die Nichtablieferung radioaktiver Abfälle (Abs. 3).

Für die Anwendung des § 326 StGB ist entscheidend, welcher Abfallbegriff der Strafbarkeit zugrunde gelegt wird.

In den strafrechtlichen Vorschriften ist der Abfallbegriff nicht legal definiert¹⁴, weil der deutsche Gesetzgeber den – sich im Wortlaut inzwischen¹⁵ nicht unterscheidenden¹⁶ – deutschen nationalen verwaltungsrechtlichen und europäischen Abfallbegriff auch für Strafrecht als maßgeblich erachtete¹⁷, ohne allerdings die Eigenständigkeit des strafrechtlichen Abfallbegriffes preiszugeben. Grundsätzlich ist der strafrechtliche Abfallbegriff daher eigenständig¹⁸, wobei § 326 Abs. 1 StGB im Sinne des jeweils geltenden Abfallverwaltungsrechts zu verstehen ist¹⁹. Dies bedeutet, dass der strafrechtliche Abfallbegriff ursprünglich nach Maßgabe des § 1 Abs. 1 AbfG²⁰, später des § 3 Abs. 1 S. 1 KrW/AbfG²¹ und nach mehreren Gesetzesänderungen nunmehr des § 3 Abs. 1 KrWG²² unter Berücksichtigung

¹⁴ Es handelt sich hierbei um eine bewusste Entscheidung des Gesetzgebers, vgl. BT-Drs. 8/2382, S. 17.

¹⁵ Der Streitpunkt bei dem früheren Verständnis des Abfallbegriffs nach europäischem Recht (vgl. Richtlinien 75/442/EWG; 91/156/EWG; 2008/98/EG), den Entscheidungen des EuGH (vgl. insb. EuGH NVwZ 1991, 660; NVwZ 1991, 661; NVwZ 1992, 871; NVwZ 2000, 1156; NVwZ 2004, 1341; NVwZ 2007, 1037) und deren Bedeutung für das deutsche Recht lag neben den Unstimmigkeiten in Bezug auf die Behandlung des subjektiven Abfallbegriffs z.B. auch in der Frage der Einbeziehung des Kriteriums der Beweglichkeit der Sache für die Abfalleinordnung. So verzichtete der EuGH in seiner Entscheidung (NVwZ 2004, 1341) auf dieses Kriterium und subsumierte auch das nicht ausgehobene mit Erdöl kontaminierte Erdreich dem Abfallbegriff.

¹⁶ Vgl. Art. 3 Abs. 1 der Abfallrahmenrichtlinie 2008/98/EG vom 19.11. 2008 (AbfRRL) und deren wortgleiche Umsetzung in das nationale Verwaltungsrecht in Art. 3 Abs. 1 KrWG. Zum Ganzen eingehend Hons, Die Grundlagen der umweltstrafrechtlichen Verantwortung für sogenannte Altlasten, 2014, S. 34 f., 42 f., 44.

¹⁷ Vgl. BT-Drs. 8/2382 S. 17; 8/3633, S. 36.

¹⁸ BGH NJW 1990, 2477; JR 1991, 337, 338; StV 1995, 135; Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 326 Rn. 5 mwN.; Heine, in: Schünke/Schröder, 28. Aufl. 2010, § 326 Rn. 2a mwN.; Hons, Die Grundlagen der umweltstrafrechtlichen Verantwortung für sogenannte Altlasten, 2014, S. 45 f. mwN.; Saliger, Umweltstrafrecht 2012, Rn. 274.

¹⁹ Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 326 Rn. 5.

²⁰ Abfallgesetz v. 7.6.1972 (BGBl 1972 I S. 873).

²¹ Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen v. 7.10.1996 (BGBl 1994 I S. 2705).

²² Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen v. 24.02.2012, BGBl. I 2012 S. 212.

der nationalen und europäischen²³ (sowie ausfüllenden verwaltungsrechtlichen) Rechtsvorschriften zu bestimmen ist²⁴. Danach sind Abfälle solche Stoffe und Gegenstände, derer sich der Besitzer durch Beseitigung oder Verwertung entledigt, entledigen will (subjektiver Abfallbegriff – sog. gewillkürter Abfall) oder entledigen muss (objektiver Abfallbegriff – sog. Zwangsabfall)²⁵. Diese europäische und verwaltungsrechtliche Definition des Abfallbegriffs ist insofern der Kern des inhaltlich weiteren strafrechtlichen Verständnisses des Abfalls.²⁶ Es besteht Einigkeit darüber, dass der strafrechtliche Abfallbegriff lediglich europarechtskonform auszulegen²⁷ und an den nationalen verwaltungsrechtlichen Abfallbegriff anzulehnen ist, wobei die sich daraus ergebende Eigenständigkeit und grundsätzliche Unabhängigkeit des strafrechtlichen Abfallbegriffs zum einen aus dem Wortlaut des § 3 Abs. 1 KrWG (“Stoffe im Sinne dieses Gesetzes”) folgen²⁸ und zum anderen inhaltlich einen weiteren Anwendungsbereich des strafrechtlichen Abfallbegriffs beanspruchen. So erfasst § 326 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 3 StGB auch die radioaktive Stoffe, die im § 2 Abs. 2 Nr. 5 KrWG ausdrücklich aus den verwaltungsrechtlichen Abfallbegriff ausgenommen sind. Des Weiteren endet der Anwendungsbereich des KrWG gem. § 2 Abs. 2 Nr. 9 KrWG sobald die Stoffe in ein Gewässer eingeleitet oder eingebracht werden. Aufgrund der allgemeinen Wortbedeutung “Abfall” gilt diese Einschränkung im Umweltstrafrecht nicht.²⁹ Für den Anwendungsbereich des § 326 Abs. 1 StGB kommt es somit nicht ausschließlich darauf an, ob ein Gegenstand oder Stoff von den verwaltungsrechtlichen Regelungen des KrWG erfasst ist.³⁰ Der strafrechtliche Abfallbegriff ist insoweit inhaltlich weiter und maßgebend. Umstritten bleibt allerdings, ob dem strafrechtlichen Abfallbegriff ausschließlich bewegliche Stoffe und Gegenstände zu subsumieren sind. Diese Frage ist insbesondere in den Fällen von Bedeutung, in denen es um die Abfalleinstufung der kontaminierten Bodenteile vor Aushub geht, denn in einer früheren Entscheidung hat der EuGH den Abfallbegriff insoweit bestätigt³¹ und die zuvor herrschende Beweglichkeitserfordernis³² verworfen. Diese Entscheidung hat eine weitreichende Diskussion hervorgerufen, die auch nach

²³ Vgl. BT-Drs. 12/7300, S. 23.

²⁴ BGHSt 36, 225; 37, 21, 23 f.; 37, 333, 335; Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 326 Rn. 5 mwN.

²⁵ Zum Ganzen eingehend Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 326 Rn. 9 mwN.; Hons, Die Grundlagen der umweltstrafrechtlichen Verantwortung für sogenannte Altlasten, 2014, S. 37 ff. mwN.

²⁶ Hons, Die Grundlagen der umweltstrafrechtlichen Verantwortung für sogenannte Altlasten, 2014, S. 46.

²⁷ Ransiek, in NK StGB, 4. Aufl. 2013, § 326 Rn. 11.

²⁸ Ransiek, in NK StGB, 4. Aufl. 2013, § 326 Rn. 7.

²⁹ BGHSt 37, 21, 24 f.; Hons, Die Grundlagen der umweltstrafrechtlichen Verantwortung für sogenannte Altlasten, 2014, S. 48; Ransiek, in NK StGB, 4. Aufl. 2013, § 326 Rn. 8.

³⁰ Ransiek, in NK StGB, 4. Aufl. 2013, § 326 Rn. 8.

³¹ EuGH NVwZ 2004, 1341.

³² Hons, Die Grundlagen der umweltstrafrechtlichen Verantwortung für sogenannte Altlasten, 2014, S. 32 mwN.

der – auf das Kriterium der Beweglichkeit verzichtenden³³ – Novellierung der europäischen und nationalen verwaltungsrechtlichen Abfallbegriffs durch Art. 3 Nr. 1 AbfRRL 2008/98/EG und Art. 3 Abs. 1 KrWG anhdlt. Überwiegend wird allerdings an dieser Einschränkung mit Verweis auf den Wortlaut des Tatbestandes auch für das Strafrecht festgehalten³⁴, wdhrend zum Teil diese Einschränkung wegen der Verwaltungsakzessorietdt für aufgehoben erachtet wird³⁵.

Schließlich wird der Anwendungsbereich umweltstrafrechtlicher Vorschriften um die Stoffe erweitert, die nicht unter den verwaltungsrechtlichen Abfallbegriff fallen, indem § 328 Abs. 3 StGB auch den unerlaubten Umgang mit Gefahrenstoffen iSd. Art.3 der Verordnung (EG) über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen Nr. 1272/2008 vom 16.12.2008³⁶ unter Strafe stellt.³⁷

Bei der Auslegung des Abfallbegriffs wird zwischen dem subjektiven und objektiven Abfallbegriff unterschieden. Der subjektive Abfallbegriff (sog. gewillkürter Abfall) umfasst alle Stoffe und Gegenstände, derer sich der Besitzer entledigen will.³⁸ Bei dem objektiven Abfallbegriff (sog. Zwangsabfall) handelt es sich dagegen um Stoffe und Gegenstände, deren geordnete Entsorgung zur Wahrung des Gemeinwohls, insbesondere zum Schutz der Umwelt, geboten ist (vgl. § 3 Abs. 4 KrWG).³⁹ Zu beachten ist dabei, dass es für die Einstufung als Abfall nicht darauf ankommt, ob nach der Vorstellung des Besitzers nach der Entsorgung eine Weiterverwertung oder eine Weiterverwendung des Stoffes oder des Gegenstandes (etwa durch Dritte) noch möglich ist.⁴⁰ Entscheidend ist, dass das Entsorgungsobjekt für den Besitzer wertlos geworden ist und er sich dieses entledigen will⁴¹ bzw. die Entsorgung nach den verwaltungsrechtlichen Vorschriften zum Schutz der Allgemeinheit und der Umwelt erforderlich ist. Bei dieser unionsrechtskonformen von den subjektiven Zweckbestimmungen losgeluften Auslegung des Abfallbegriffes kommt es auf die tatsächliche Interessenlage und die Entsorgungsabsichten des Besitzers an.⁴²

³³ Anders in der Vorgdngernorm des § 3 KrWG/AbfG, welche die Beweglichkeit des Stoffes oder des Gegenstandes ausdröcklich vorsah.

³⁴ Hons, Die Grundlagen der umweltstrafrechtlichen Verantwortung für sogenannte Altlasten, 2014, S. 58; Ransiek, in NK StGB, 4. Aufl. 2013, § 326 Rn. 11; Saliger, Umweltstrafrecht 2012, Rn. 275 ff.

³⁵ Alt, StraFo 2006, 441, 443; Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 326 Rn. 6, der allerdings den nicht ausgehobenen kontaminierten Boden mit Verweis auf die Einschrödnkungen des Abfallbegriffs in § 2 Abs. 2 Nr. 10 KrWG ebenfalls aus dem Anwendungsbereich des § 326 Abs. 1 StGB ausnimmt. Vgl. insoweit dem § 2 Abs. 2 Nr. 10 KrWG identische Regelung des Art. 2 Abs. 1 lit b AbfRRL 2008/98/EG.

³⁶ ABl. L 353 S. 1.

³⁷ Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 326 Rn. 2 noch mit Verweis auf § 3a ChemG.

³⁸ Vgl. hierzu EuGH NuR 2003, 741; NuR 2004, 164; BGHSt. 37, 333, 336 f.; Saliger, Umweltstrafrecht 2012, Rn. 285.

³⁹ BGHSt 37, 21, 24 ff.; 37, 333, 334; 40, 85; BGH NSTZ 1997, 545.

⁴⁰ BGHSt 37, 333, 336.

⁴¹ BGHSt 37, 21, 24.

⁴² BGHSt 37, 333, 336; 43, 219; Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 326 Rn. 10

Steht bei dem fraglichen Stoff oder Gegenstand fest, dass es sich um den Abfall im Sinne des Umweltstrafrechts handelt, kommt es für die Strafbarkeit nach § 326 Abs. 1 StGB auf die Gefährlichkeit des Entsorgungsobjekts (§ 326 Abs. 1 Nr. 1-4 StGB) und auf den verwaltungsrechtswidrigen Umgang an. Gefährlich iSd. § 326 Abs. 1 Nr. 1-4 StGB sind flüssige und feste Abfälle⁴³, die:

1. Gifte oder Erreger von auf Menschen oder Tiere übertragbaren gemeingefährlichen Krankheiten enthalten oder hervorbringen können,
2. für den Menschen krebserzeugend, fortpflanzungsgefährdend oder erbgutverändernd sind,
3. explosionsgefährlich, selbstentzündlich oder nicht nur geringfügig radioaktiv sind oder
4. nach Art, Beschaffenheit oder Menge geeignet sind,
 - a) nachhaltig ein Gewässer, die Luft oder den Boden zu verunreinigen oder sonst nachteilig zu verändern oder
 - b) einen Bestand von Tieren oder Pflanzen zu gefährden.

In allen Tatbestandsalternativen ist des Weiteren die Strafbarkeitsvoraussetzung, dass der im Gesetz abschließend beschriebene Umgang mit den gefährlichen Abfällen außerhalb einer dafür zugelassenen Anlage oder unter wesentlicher Abweichung von einem vorgeschriebenen oder zugelassenen Verfahren stattfindet.

§ 326 Abs. 2 StGB wurde zur Umsetzung der Richtlinie 2008/99/EG über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt vom 19.11.2008⁴⁴ neugefasst und stellt den sog. „Mülltourismus“ unter Strafe. Durch den direkten Verweis auf Art. 2 Nr. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.06.2006 über die Verbringung von Abfällen⁴⁵ erweitert die Vorschrift den Anwendungsbereich des § 326 StGB um den weiten europäischen Abfallbegriff. Danach wird der Abfallbegriff weder auf besonders gefährliche Abfälle beschränkt, noch setzt er die Eignung zu schädlichen Umwelts- oder Gesundheitseinwirkungen voraus.⁴⁶ § 326 Abs. 2 Nr. 1 erfasst somit das illegale⁴⁷ grenzüberschreitende Verbringen auch nicht gefährlicher Abfälle, soweit dies in nicht unerheblicher Menge geschieht. Diese Einschränkung soll Bagatelldaten vom Tatbestand ausschließen,⁴⁸ wobei die Erheblichkeitsgrenze sich nach dem Gefährdungspotenzial der Abfälle richtet.⁴⁹ Denn die Vorschrift soll die Umwelt schützen und nicht den illegalen Transport als solchen unter Strafe stellen.⁵⁰ Von Nr. 2 dieser Vorschrift werden

⁴³ Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 326 Rn. 4.

⁴⁴ ABl. L 328/28.

⁴⁵ ABl. L 190 vom 12.07.2006, S. 1; L 318 vom 28.11.2008, S. 15.

⁴⁶ BT-Drs. 17/5391, S. 18; Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 326 Rn. 46 mwN.

⁴⁷ Vgl. Art. 2 Nr. 35 der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006.

⁴⁸ Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 326 Rn. 46.

⁴⁹ Ransiek, in NK StGB, 4. Aufl. 2013, § 326 Rn. 53.

⁵⁰ Ransiek, in NK StGB, 4. Aufl. 2013, § 326 Rn. 53 mwN.

gefährliche Abfälle iSd. § 326 Abs. 1 StGB erfasst, wenn deren grenzüberschreitende Verbringung entgegen einem Verbot oder ohne die erforderliche Genehmigung stattfindet.

§ 326 StGB ist ein abstraktes Gefährdungsdelikt; einer konkreten Gefährdung bzw. einer tatsächlich eingetretenen Verunreinigung oder Veränderung bedarf es nicht.⁵¹

Der strafrechtliche Umweltschutz im Bereich des verwaltungsrechtswidrigen Umgangs mit gefährlichen Stoffen und Gütern (d.h. anderen Stoffen als Abfall in § 326 StGB) wird zudem durch § 328 StGB erweitert. Das Tatobjekt des abstrakten Gefährdungsdelikts des § 328 Abs. 1, 2 StGB sind Kernbrennstoffe und sonstige radioaktive Stoffe mit schädlicher Eignung. Der konkrete Gefährdungsdelikt des § 328 Abs. 3 StGB erfasst darüberhinaus den unerlaubten Umgang mit gefährlichen Stoffen und Gemischen⁵², wenn dadurch Umweltgüter gefährdet werden.

III. Unerlaubter Betreiben von Anlagen

Der abstrakte Gefährdungsdelikt des § 327 StGB⁵³ stellt das verbotswidrige Betreiben (d.h. ohne die erforderliche Genehmigung oder entgegen einer vollziehbaren Untersagung) besonderes umweltgefährdender Anlagen unter Strafe, wobei der Tatbestand durchweg verwaltungsrechtsakzessorisch ausgestaltet ist,⁵⁴ mit anderen Worten sachlich eng mit den entsprechenden verwaltungsrechtlichen Vorschriften korrespondiert.⁵⁵ Einer konkreten Umweltgefährdung oder gar Schädigung der Umwelt bedarf es zur Erfüllung des Tatbestandes nicht.⁵⁶ Die Vorschrift bezweckt, im Bereich gefährlicher Anlagen vor allem die Dispositions- und Entscheidungsbefugnis der zuständigen Genehmigungsbehörden mit strafrechtlichen Mitteln zu schützen, wobei dieser Schutz bereits bei der Entgegenwirkung dem bloßen Verwaltungsungehorsam beginnt.⁵⁷ § 327 StGB sanktioniert den unerlaubten Umgang mit kerntechnischen Anlagen oder Betriebsstätten, in denen Kernbrennstoffe verwendet werden, das unerlaubte Betreiben von Anlagen im Sinne des Bundesemissionsschutzgesetzes, von Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe iSd. des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, von Abfallentsorgungsanlagen iSd. KrWG und Abwasserbehandlungsanlagen nach § 60 Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie das Betreiben von gefährlichen Anlagen im europäischen Ausland in

⁵¹ BGHSt 36, 255, 257; 39, 381, 385; Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 326 Rn. 2 mwN.; Ransiek, in NK StGB, 4. Aufl. 2013, § 326 Rn. 3; Sack, JR 2002, 465, 476.

⁵² Vgl. Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.12.2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1).

⁵³ Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 327 Rn. 2 mwN.; Saliger, Umweltstrafrecht 2012, Rn. 327 mwN.

⁵⁴ Ransiek, in NK StGB, 4. Aufl. 2013, § 327 Rn. 1.

⁵⁵ Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 327 Rn. 2.

⁵⁶ Ransiek, in NK StGB, 4. Aufl. 2013, § 327 Rn. 3.

⁵⁷ OLG Braunschweig, NSZ-RR 1998, 177; Fischer, StGB, 62. Aufl. 2015, § 327 Rn. 2 mwN.; Horn, NuR 1988, 64; Ransiek, in NK StGB, 4. Aufl. 2013, § 327 Rn. 3.

einer Weise, die geeignet ist, außerhalb der Anlage Leib oder Leben eines anderen Menschen zu schädigen oder erhebliche Schäden an Tieren oder Pflanzen, Gewässern, der Luft oder dem Boden herbeizuführen.

IV. Fazit

Das deutsche Umweltstrafrecht verfügt mit §§ 326 ff. StGB über einen komplizierten Geflecht von Straftatbeständen, die einen unerlaubten Umgang mit Abfällen und anderen gefährlichen Stoffen und Gegenständen sowie das unerlaubte Betreiben von besonders umweltgefährdender Anlagen strafrechtlich sanktionieren. Die hier behandelten Vorschriften decken einen wesentlichen umweltstrafrechtlichen Bereich ab, wobei in gesetzestechnischer Hinsicht die Rechtsanwendung auf gewisse Schwierigkeiten trifft.

Grundsätzlich nimmt der zunehmende Einfluss des europäischen Rechts auf das deutsche Strafrecht in den umweltstrafrechtlichen Delikten keine Sonderstellung ein. Es existieren zahlreiche Straftatbestände, deren Ursprung im Europäischen Gemeinschaftsrecht liegt. Allerdings hat das Europäische Gemeinschaftsrecht in den – den unerlaubten Umgang mit Abfällen und das unerlaubte Betreiben von Anlagen betreffenden – umweltstrafrechtlichen Blanketttatbeständen den unmittelbaren Einzug in das deutsche Kernstrafrecht gefunden. Dieser Bereich des Umweltstrafrechts enthält nämlich eine Reihe von Blankettstraftatbeständen, die zur notwendigen Umsetzung gemeinschaftsrechtlicher Anforderungen explizit auf das europäische Recht verweisen, was die Bildung eines vollständigen Tatbestandes erheblich erschwert. Diese Art der Blankettgesetzgebung bringt zudem durch die Notwendigkeit ständiger Anpassung der Strafvorschriften an die geltenden Fassungen der europäischen Ausfüllungsnormen ein erhebliches Fehlerpotenzial im Gesetzgebungsprozess mit sich.

UDC 343

Prof. Dr. Uwe Hellmann,
Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht, insbesondere
Wirtschaftsstrafrecht an der Juristischen Fakultät
der Universität Potsdam, Deutschland

DER NEUE STRAFTATBESTAND DER TERRORISMUSFINANZIERUNG

I. Einführung

Am 20. Juni 2015 trat das Gesetz zur Änderung der Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten (GVVG-Änderungsgesetz – GVVG-ÄndG) in Kraft.⁵⁸ Dieses Gesetz hat den als

⁵⁸ BGBl. I 2015, S. 926.